



Kommunale Spitzenverbände Sachsen-Anhalt



Kommunale Spitzenverbände Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg
Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300
Telefax: 0391 5924-444
E-Mail: post@sgsa.info

Landkreistag
Albrechtstraße 7, 39104 Magdeburg
Postfach 3663, 39011 Magdeburg

Telefon: 0391 56531-0
Telefax: 0391 56531-90
E-Mail: mail@landkreistag-st.de

Gemeinsame Homepage
<http://www.komsanet.de>

Magdeburg, 16.06.2014

Kommunale Finanzen 2014:

Für viele Kommunen bleibt die Haushaltslage besorgniserregend

Magdeburg.- Den Abschluss der Kommunalwahlen haben die Kommunalen Spitzenverbände in Sachsen-Anhalt, Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt und Landkreistag Sachsen-Anhalt zum Anlass genommen, einen Statusbericht zur Lage der Kommunen im Land zu geben. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht dabei die Finanzlage der Kommunen, die Landkreistagspräsident Ulrich Gerstner und der Erste Vizepräsident des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt, Oberbürgermeister Dr. Eberhard Brecht, als „besorgniserregend“ bezeichnet haben.

Diese Sorgen werden durch drei Parameter bestimmt. Zunächst wachsen zwar die **Steuereinnahmen**, aber der Abstand der Kommunen in Sachsen-Anhalt zu vergleichbaren Kommunen in Westdeutschland bei den Einnahmen bleibt

bereits seit Ende der neunziger Jahre fast gleich. Mit knapp 59 % des durchschnittlichen Steueraufkommens der westdeutschen Kommunen verfügen die Städte und Gemeinden in Sachsen-Anhalt gerade einmal über gut die Hälfte der eigenen Einnahmen. Das macht die Kommunen insgesamt extrem abhängig von den Zuweisungen des Landes und insbesondere vom Finanzausgleich.

Weiteres Sorgenkind sind die zunehmenden **Aufgaben und die Art der Aufgabenüberwachung** in Sachsen-Anhalt. Zugenommen haben die Aufgaben vor allem beim Kinderförderungsgesetz und beim Betreuungsrecht. Auch das geplante Familienfördergesetz wird mit neuen bürokratischen Aufgaben verbunden sein. „Viel Geld geht in die Verwaltung und kann nicht zum Wohle der Bürger eingesetzt werde“, beklagen Brecht und Gerstner. Das zeige sich auch in einer extrem dichten fachaufsichtlichen Durchdringung der Kommunalverwaltungen. „Wir werden über jedes Maß hinaus kontrolliert, geprüft, überwacht und angewiesen. Das stärkt nicht die Entscheidungsfreude der Verwaltung. Oft sind es Wortklaubereien, die unsere Verwaltungen nicht weiterbringen“, betonten Gerstner und Brecht.

Die dritte große Sorge betrifft den **Finanzausgleich**, den beide kommunalen Spitzenverbände schon bisher für unauskömmlich gehalten haben. „Die Kassenkredite steigen weiter auf Rekordniveau, weil der operative Haushalt überwiegend nicht kostendeckend gefahren werden kann“, erklärten die Geschäftsführer Heinz-Lothar Theel (LKT) und Jürgen Leindecker (SGSA). Das liege einerseits in einer zu allgemeinen Durchschnittsbetrachtung begründet, die zwar den halbwegs ausgeglichenen Haushalt stütze, nicht aber den Haushalt mit Defiziten. „Über 50 % der

Gemeinden weisen nach der Haushaltsumfrage des SGSA einen unausgeglichenen Ergebnishaushalt auf“, erläuterte Leindecker.

Bei den elf Landkreisen haben alle für 2014 einen Fehlbetrag planen müssen.

Schlimmer noch – **Konsolidierung** zahlt sich nicht aus. „Der verminderte „Bedarf“ durch Einsparungen in einzelnen Gemeinden wird allen Gemeinden als Minderbedarf entgegengerechnet“, erklärt Jürgen Leindecker. „Schließlich vereinnahmt das Land alle vom Bund geleisteten Kommunalentlastungen für sich, ohne die Kommunen daran zu beteiligen“, betont Theel. So seien alle Leistungen des Bundes praktisch für die Kommunen in Sachsen-Anhalt ein „Nullsummenspiel“. „Das können wir insbesondere bei der vom Bund zur Verfügung gestellten Kommunalentlastungs-Milliarde nicht akzeptieren“, bekräftigen Theel und Leindecker.

Dazu kommen lokale Besonderheiten. So können die Kommunen in Sachsen-Anhalt nach der neuen Kommunalverfassung ab 01.07.2014 „Sponsoring-Gelder“ einwerben. Wenn diese jedoch als Einnahmen im Finanzausgleich gespiegelt werden, haben weder die Kommunen davon etwas, noch werden sich Sponsoren dauerhaft engagieren. Da alle Steuereinnahmen der Kommunen in den Finanzausgleich fließen, können auch lokale Sondereinnahmen nicht berücksichtigt werden. Deshalb fordern die kommunalen Spitzenverbände seit geraumer Zeit einen Sockelbetrag von Steuern, der ausschließlich den Kommunen verbleibt.

